



## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **51. Sitzung (öffentlich)**

8. Mai 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:40 Uhr bis 18:15 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |   |          |
|---|----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>   | <b>7</b> |
| <b>1 Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Fixierungen im Justiz- und Maßregelvollzug und bei öffentlich-rechtlichen Unterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</b> | <b>8</b> |
| Gesetzentwurf<br>der Landesregierung<br>Drucksache 17/5011  |          |
| – Abschließende Beratung und Abstimmung   |          |

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

**2 Kein Kahlschlag beim landesrechtlichen Mieterschutz: Die Kappungs-  
grenzenverordnung muss verlängert werden 10**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4454

Ausschussprotokoll 17/607

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen  
von CDU, FDP und AfD abgelehnt.

**3 Älteren Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zu Pflege-  
und Altenhilfe erleichtern und ihre Lebensleistung würdigen 12**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4455

Ausschussprotokoll 17/579

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum passieren  
zu lassen.

**4 Geschönte Statistiken oder Steuergeldverschwendung? – Wie hoch  
ist die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche und deren finanzielle  
Auswirkungen auf das Land NRW tatsächlich? 13**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/3591

Ausschussprotokoll 17/581

– Auswertung der Anhörung

**5 Sie sind in Nordrhein-Westfalen willkommen! – Berufsanerkennungsverfahren verbessern und im Sinne der antragstellenden Menschen weiterentwickeln** 14

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/3805

in Verbindung mit

**Integration beginnt mit Ausbildung und Arbeit – Bewährtes bewahren, Ideen entwickeln, Unterstützung leisten.**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/4113

in Verbindung mit

**Die Landesregierung muss die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt vorantreiben!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/3011

Ausschussprotokoll 17/558

– Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung zu Drucksache 17/3011

Der Ausschuss verzichtet zunächst auf ein Votum zu Drucksache 17/3011 und verständigt sich darauf, dass in der Obleuterunde ein gegebenenfalls erfolgreicher gemeinsamer Antrag mit Blick auf die Anträge in Drucksache 17/3805 und in Drucksache 17/3011 erörtert werden soll.

**6 Frohe Weihnachten! – In der Herberge war kein Platz: Die Landesregierung muss endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung wahrnehmen** 18

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4457

Ausschussprotokoll 17/582

– Auswertung der Anhörung

**7 Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes 21**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/5587

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss verständigt sich auf die Durchführung einer Anhörung von Experten in kleiner Runde. Absprachen zum Verfahren sollen im Rahmen der Obleuterunde erfolgen.

**8 Tuberkuloseerkrankungen ernst nehmen und fernab jeglicher Ideologie bekämpfen 22**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/5629

– Verfahrensabsprache

Die antragstellende Fraktion beantragt eine schriftliche Anhörung. Weitere Absprachen zum Verfahren sollen im Rahmen der Obleuterunde erfolgen.

**9 Aktueller Sachstand zum Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) 23**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1986

– Aussprache

**10 Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfälischen Krankenhäusern (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]) 25**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1987

– Aussprache

- 11 Weiterführung des Programms „Berufseinstiegsbegleitung“** (*Bericht beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]*) **29**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1988
- Aussprache
- 12 Einführung einer Impfpflicht gegen Masern in Kitas** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) **31**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2007
- Aussprache
- 13 Entwurf eines Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV) – Konsequenzen für das Heilpraktikerwesen in NRW** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 5]*) **38**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1989
- Aussprache
- 14 Konsum von Aufputzmitteln und sogenannten „Life-Style“-Drogen wie z. B. Amphetaminen in Schule, Studium und bei Prüfungssituationen** (*Bericht beantragt von den Fraktionen von der CDU und der FDP [s. Anlage 6]*) **39**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1990
- Aussprache
- 15 Verschiedenes** **40**
- a) Termine für Ausschusssitzungen 2020** (*Tischvorlage [s. Anlage 7]*) **40**
- Der Ausschuss bestätigt die in der Tischvorlage vorgeschlagenen Sitzungstermine für das Jahr 2020.

**b) Terminierung der Anhörung zu Drucksache 17/5384 40**

Gemäß Beschluss der Obleuterunde soll die von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Anhörung zum Antrag „Wohnungslosigkeit von Frauen entgegen wirken – Hilfeangebote flächendeckend ausbauen – Ursachen beseitigen“ – Drucksache 17/5384 – am 04.09.2019 von 11:00 Uhr bis ca. 13:00 Uhr stattfinden.

**c) Mitteilung zu einer Terminkorrektur 40****d) Änderung des Verfahrens zu Drucksache 17/5057 und Drucksache 17/5620 40**

Die antragstellende Fraktion der AfD erklärt sich damit einverstanden, die Beratung zu den Anträgen „Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen – Wir benötigen eine psychiatrische Präventionsambulanz für Risikopatienten“ – Drucksache 17/5074 – und „Subventionen gezuckerter Milchprodukte stoppen – Das Schulmilchprogramm muss neu konzipiert werden und die Gesundheit unserer Kinder in den Fokus rücken“ – Drucksache 17/5360 – in der nächsten Sitzung fortzusetzen, da für die beantragten Anhörungen innerhalb der jeweiligen Frist keine Sachverständigen benannt wurden.

**e) Gemeinsame Anhörung zu Drucksache 17/5057 und Drucksache 17/5620 40**

Es erhebt sich kein Einspruch gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, eine gemeinsame Anhörung zum Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Den Beamtinnen und Beamten in NRW die freiwillige Versicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ermöglichen“ – Drucksache 17/5057 – und dem Gesetzentwurf der Fraktion von der SPD „Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe“ – Drucksache 17/5620 – durchzuführen.

**f) Information zu den angeforderten Ergebnissen der Verbändeanhörung zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Neuland Nordrhein-Westfalen – Drucksache 17/5344 – 41**

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, in der nächsten Ausschusssitzung über den Gesetzentwurf abzustimmen.

## 7 Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/5587

– Verfahrensabsprache

*Das Plenum hat den Gesetzentwurf am 10.04.2019 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.*

**Angela Lück (SPD)** bekundet, ein Gespräch mit Experten – insbesondere mit dem Landeskrebsregister – führen zu wollen, worauf **Peter Preuß (CDU)** entgegnet, dass seine Fraktion sich diesem Ansinnen nur anschließen könne, wenn es sich dabei nicht um eine Anhörung handele. Schließlich seien in der Verbändeanhörung, soweit er es vernommen habe, keine Bedenken geäußert worden.

**Vorsitzende Heike Gebhard** schlägt vor, dass gegebenenfalls wie an anderer Stelle auch die Ergebnisse der Verbändeanhörung angefordert werden könnten.

**Minister Karl-Josef Laumann (MAGS)** erläutert, dass mit diesem Gesetzentwurf lediglich das Landeskrebsregistergesetz den aktuellen Datenschutzerfordernissen angepasst werde und keine inhaltlichen Änderungen vorgenommen würden. Die Ergebnisse der Verbändeanhörung würden dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Der Ausschuss verständigt sich auf die Durchführung einer Anhörung von Experten in kleiner Runde. Absprachen zum Verfahren sollen im Rahmen der Obleuterunde erfolgen.

